

Riefaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Kraftschrift: Tageblatt Riefa.
Genuss Nr. 20.

Das Riefaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts,
des Ratens der Stadt Riefa, des Finanzamts Riefa und des Hauptamts Meissen.

Postfachkonto: Dresden 1530
Circulstraße Riefa Nr. 22.

Nr. 120.

Freitag, 23. Mai 1924, abends.

77. Jahrg.

Das Riefaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für Monat 2 M. 50 Pf. durch Post, 2 M. 25 Pf. durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 89 mm breite, 8 mm hohe Grundzeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Restzeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt erfolgt, wenn der Betrag versandt, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riefa. Nächtliche Unruhestörungen durch den Betrieb der Druckerei, der Verleger oder der Besondereinrichtungen — hat der Verleger keinen Anspruch auf Befreiung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riefa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riefa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riefa.

Das Ende des Kurzes der Mitte.

Die in den politischen Kreisen wird heute allgemein die Tatsache hervorgehoben, daß der Kurs der Mitte in Deutschland vorläufig sein Ende erreicht habe. Daran ändert auch nichts die Tatsache des Scheiterns der Verhandlungen zwischen den Deutschnationalen und den bisherigen Regierungsparteien. Der Abbruch der Verhandlungen wird nirgends sonderlich tragisch genommen, zumal die Deutschnationalen nach wie vor bereit sind, die Diskussion wieder aufzunehmen. Wenn in der demokratischen Presse behauptet wird, daß nunmehr die Beteiligung der Deutschnationalen an der Regierung nicht mehr in Frage komme, so dürfen dahinter hauptsächlich tatsächliche Minderabsichten stehen. In Wirklichkeit aber besteht sowohl bei den Deutschnationalen als auch bei der Deutschen Volkspartei nach wie vor der Wille, eine Rechtsregierung zu gründen zu bringen. Die Widerstände im Zentrum sind zwar im gegenwärtigen Augenblick außerordentlich groß, aber es scheint, daß der rechte Flügel des Zentrums letzten Endes die Oberhand behalten wird. Wie sich die Dinge heute übersehen lassen, spricht sehr viel dafür, daß die Deutschnationalen die Führung bei der neuen Regierungskoalition erhalten werden.

Der Kurs der Mitte war in dem Augenblick in seinem kritischsten Stadium angelangt, als die Deutsche Volkspartei sich entschloß, die Forderung des Zentrums auf Herstellung einer Fraktionsgemeinschaft zwischen den bisherigen Regierungsparteien abzulehnen. Damit stellte sich die Volkspartei außerhalb der Mittelparteien und bekannte sich mit aller Entschiedenheit zu einer Partei der Rechten, die entschlossen ist, dem bei den Neuwahlen des Reichstages zum Ausdruck gekommenen Zug nach rechts unter allen Umständen Rechnung zu tragen. Die Deutsche Volkspartei unterführt auch die Kandidatur des Herrn von Tirpitz, der als Reichskanzler angesehen ist. Sie stellt in ihm die Persönlichkeit, die über genügend Autorität verfügt, um einer Rechtsregierung in Deutschland hohe Geltung zu verschaffen. Auch in außenpolitischen Fragen hat die Deutsche Volkspartei den Parteien der Mitte die Gefolgschaft verweigert. Obwohl gerade sie als die Partei des Außenministers Dr. Stresemann allen Anlaß gehabt hätte, die gegenwärtige Außenpolitik zu decken, hat sie aus Gründen der Opportunität den Deutschnationalen alle Schwierigkeiten aus dem Wege räumen wollen. Diese Tatsache scheinen doch den Beweis dafür zu erbringen, daß die Schaffung einer Arbeitsgemeinschaft zwischen den nationalen Parteien auf dem besten Wege ist.

Das Zentrum und die Demokraten werden sehr versuchen, mit allen Mitteln wieder den Scheitern eines Blocks der Mitte in Gehen zu bringen. Ob sie damit Erfolg haben werden, ist zur Zeit noch zweifelhaft, da die weitere Entwicklung von den Erfolgsmöglichkeiten einer Rechtsregierung in Deutschland abhängt. Schon jetzt glaubt man in Kreisen des Zentrums und der Demokraten, daß eine Rechtsregierung in Deutschland an den außenpolitischen Gefahren ein klägliches Risiko erleiden würde. Man behauptet, die zu erwartende Linksregierung in Frankreich werde die Front der alliierten Regierungen gegenüber Deutschland wieder herstellen und mit Leichtigkeit ein Rechtskabinett in Deutschland in die verwickelte Lage versetzen, wenn eine solche deutsche Regierung bei der Durchführung der schwerwiegendsten Entscheidungen die angelegentlichsten Schwierigkeiten bereiten werde. Wenn erst einmal die außenpolitische Lage Deutschlands unter den Wirkungen einer solchen Politik sich bis zur schlimmsten Hilflosigkeit verschlechtert habe, dann werde man wieder nach einer Änderung des Regierungskurses streben. Die deutschnationalen Führer erklären, daß sie sich für stark genug halten, um die Verantwortung für die künftige Politik auf sich zu nehmen. Es wird daher ihre Aufgabe sein, den Beweis dafür zu erbringen, daß die schlechten Prophezeiungen der Mittelparteien ihrer Grundlage entbehren. Wenn ihnen das nicht gelingen würde, so würde allerdings der Sieg der Rechten bei den letzten Reichstagswahlen nicht anrecht erhalten werden. Darum kann man auch annehmen, daß man in deutschnationalen Kreisen von vornherein mit solchen Eventualitäten gerechnet hat.

Erneute Verhandlungen über die Regierungsbildung.

Das Büro der Deutschen Volkspartei teilt mit: Nachdem die auf Veranlassung der Deutschnationalen Volkspartei gestern stattgefundenen Verhandlungen über die Regierungsbildung ergebnislos verlaufen sind, hat nunmehr die Fraktion der Deutschen Volkspartei durch ihren Vorsitzenden, den Abgeordneten Dr. Scholz, die Initiative ergriffen, um die Angelegenheit besonders dringlichen Verhandlungen wieder in Fluss zu bringen. Nach vorheriger Besprechung mit den in Frage kommenden Parteien ist vereinbart worden, daß die Fraktionen der Deutschnationalen, des Zentrums, der Demokraten, der Bayerischen Volkspartei und der Deutschen Volkspartei Freitag vormittags 10 Uhr zu erneuten Verhandlungen über die Regierungsbildung im Reichstag zusammentreten.

Die Deutschnationalen halten an Tirpitz fest.

Wie wir erfahren, ist die deutschnationale Reichstagsfraktion einstimmig entschlossen, an der Kandidatur des Großadmirals von Tirpitz als Reichskanzler der neuen Regierung mit aller Entschiedenheit festzuhalten. Die Einwendungen des Zentrums und der Demokraten gegen die

Verpflichtung des Herrn von Tirpitz werden von deutschnationaler Seite mit der Begründung zurückgewiesen, daß der Admiral die volle Gewähr dafür biete, seine Mission zum Wohle des deutschen Volkes auszuführen. In der Begierde des Herrn von Tirpitz können allein parteipolitische Gesichtspunkte zum Ausdruck, sobald die deutschnationale Partei sich veranlaßt sehe, gegenüber den parteipolitischen Einwendungen schärfsten Protest zu erheben. Die Frage der Realisierungsbildung dürfe nicht an solchen Kleinlichkeiten und unwürdigen Hindernissen scheitern, zumal Herr von Tirpitz ein reibungsloses Zusammenarbeiten mit allen politisch gerichteten Parteien zu gewährleisten. Das Zentrum und die Demokraten halten nach wie vor die Person des Herrn von Tirpitz für ganz untragbar. Sie erklären überdies, daß der Admiral deutschnationaler Reichstagsabgeordneter sei und als solcher nicht den Anspruch habe, als politisch neutrale Persönlichkeit zu gelten. Des weiteren müsse man darauf bestehen, daß der neue Reichskanzler nicht aus denjenigen Kreisen entnommen werde, die als absolute Feinde der Demokratie angesehen seien. Herr von Tirpitz sei aber nicht nur ein Feind der demokratischen Staatsform, sondern er trete auch als Vertreter einer Diktatur in Deutschland auf. — In parlamentarischen Kreisen hält man es nicht für unmöglich, daß das Zentrum seine Stellungnahme noch ändern kann. Wenn der linke Flügel des Zentrums unter dem früheren Reichskanzler Dr. Wirth bei dem weiteren Verlaufe der Verhandlungen ausgeschaltet werden sollte, so ist die Wahrscheinlichkeit gegeben, daß die Kreise um Stresemann die ablehnende Haltung gegenüber Herrn von Tirpitz rückgängig machen werden.

Forderungen um Verbilligung der Lebenshaltung.

Die Preisprüfungskommission der Beamten- und Arbeiterverbände hat ein Gutachten über Maßnahmen zur Verbilligung der Lebenshaltung erstattet. Nach eingehender Prüfung der einschlägigen Verhältnisse wird in dem Gutachten folgendes gefordert:

1. Preispolitik: Eine Senkung des Preisniveaus durch behördliche Eingriffe ist möglich und muß im Interesse der Volkswirtschaft sofort vorgenommen werden.
2. Die gelegentlichen Unterlagen vom 13. Juli 1923 und der auf ihnen aufbauende Preisprüfungsapparat sind zu diesem Zwecke im vollen Umfange auszuweiten und zu vervollständigen. a) Die Preisprüfungsstellen und ihre Arbeiten müssen in schärferem Maße nach einheitlichen Gesichtspunkten geleitet werden. b) Die den Händlern zugewiesenen Gewinnspannen sind streng nachzuprüfen und tunlichst abzumindern. c) Die bisher erteilten Handelserlaubnisse sind sofort nachzuprüfen mit dem Zweck, die Zahl der Großhändler zu verringern. Entsprechende Maßnahmen sind für den Kleinhandel zu treffen. d) Die Methoden der Ermittlung der Handelsverkaufspreise sind zu vereinfachen. Die Verordnung über Handelsverkaufspreise ist zu erweitern und zu modernisieren. e) Strafe Anwendung der Verordnung über Verkaufspreise zwecks Ermittlung der Lagerbestände der gemerblichen und Handelsunternehmungen. f) Sinngemäße Anwendung bzw. Ausdehnung der Bestimmungen der Preisbremsverordnung auf den Rente- und Zwischenhandel mit Geld bzw. Krediten.
3. Publikation der vom Reichswirtschaftsministerium einzelnen Handels- und Industrie-Verbänden gemachten schriftlichen oder mündlichen Zusicherungen bezüglich Preisgestaltung.
4. Schärferes Durchgreifen des Reichswirtschaftsministeriums auf Grund der Kartellgesetzverordnung gegenüber der Preispolitik der Rohstoff- und Halbfabrikat-Produzenten.
5. Aufhebung des Einfuhrverbotes für Textilien.
6. Schaffung geeigneter Unterlagen zum Ersatz von Handelsverboten auch bei den Unternehmungen, welche nicht mit Gegenständen des täglichen Bedarfs handeln (Banken).
7. Keine Exzessivschwächung durch Beamtenabbau.
8. Abbau der Umsatzsteuer.

Aus dem dem Gutachten beigegebenen Tabellen ist von besonderem Interesse der aus den Angaben der Industrie- und Handelszeitung entnommene Wochenindex der Textilien im Großhandel. Dieser Wochenindex betrug für Deutschland vom 1. bis 7. Dezember vorigen Jahres 250. In der Woche vom 8. bis 14. Dezember sank er auf 240 und in den Wochen vom 23. bis 29. April ds. J. sowie vom 1. bis 14. März stieg er auf 247. Im übrigen ist aber eine dauernde Steigerung festzustellen und in der Woche vom 26. April bis 2. Mai war die Ziffer bereits auf 273,3 gestiegen. Demgegenüber hat sich in Amerika für den Export die Ziffer, die vom 1. bis 7. Dezember v. J. 279 betrug, in der Woche vom 26. April bis 2. Mai auf 221 vermindert. In England ist die entsprechende Ziffer von 197 auf 179 gefallen.

Die Gehaltswünsche der Beamten.

Berlin. Die Spitzenorganisationen der Beamten entsandten eine Kommission in das Finanzministerium, um zu erfragen, ob eine Gehaltserhöhung gewährt werden könne. Ferner trug die Kommission ein Gesuch vor, die Juni-gehälter zu einem früheren Termine auszusahlen. Die letztere Forderung wurde abgelehnt mit der Begründung, daß die Vorauszahlung des Gehaltes zwar für den Augenblick eine Erleichterung bringe, in wenigen Wochen jedoch die Beamten in neue Schwierigkeiten fügen würde. Beratungen über eine Gehaltserhöhung konnten noch nicht stattfinden, da die statistischen Erhebungen noch nicht abgeschlossen seien.

Die Kreditpolitik der Reichsbank.

Das Reichswirtschaftsministerium steht, wie wir hören, auf dem Standpunkt, daß die restriktive Kreditpolitik der Reichsbank jetzt nicht aufgegeben werden darf, da jetzt gerade die Früchte dieser Politik, nachdem sie zwei Monate lang betrieben ist, sich zeigen. Die Früchte sind erkennbar in der erleichterten Lage auf dem Devisenmarkt: Es besteht keine Differenz mehr zwischen Inlands- und Auslandsdevisen, die Aufteilung von Devisen konnte von 1 auf 2 Prozent verdoppelt werden, und sie wird sich noch weiter erhöhen und damit wird auch die Nachfrage nach Devisen zurückgehen. Tatsächlich wird schon jetzt nur der vierte Teil von Devisen angefordert wie vor vier Wochen, und es ist damit zu rechnen, daß in nicht zu ferner Zeit voll ausgeteilt werden kann. Das würde dann ein Hilfsmittel für unsere Wirtschaftslage sein, denn dann fallen alle die Feuerungsmaßnahmen im Umschlag der inneren Wirtschaft weg, die jetzt so stark preissenkend wirken und die deutschen Preise über die Weltmarktpreise stellen. Dann wird auch der positive Handelsbilanz, die unsere Währung bedroht, entgegengewirkt werden können. In den ersten drei Monaten des Jahres hatte Deutschland über 200 Millionen Gold Passivität, und der April wird wohl noch schlechter sein. Darin liegt ein schwerwiegendes Risiko gegen die Stabilität unserer Währung. Die deutschen Kaufleute scheuen sich jetzt ihre Waren herauszugeben, weil sie Verluste durch billigere Preise fürchten, die hohen deutschen Preise machen aber die deutschen Waren nicht exportfähig, sobald sich die aktive Seite der Handelsbilanz vergrößert. Wenn aber alle vertenernden Momente, die Reparation, der Missionsausgleich usw. ausbleiben und die Kreditverknappung dahin wirkt, daß auch mit Verlust verkauft wird, dann kommen wir auf eine Basis, die wieder Import und Export ermöglichen und die Handelsbilanz ausgleichen wird. Deshalb kann die Kreditverknappung jetzt nicht aufgegeben werden, wenn auch einzelne Fälle der Kreditverknappung sehr hart sind und gemildert werden könnten. In Deutschland herrscht immer noch eine Sachverhaltschaos, und die Kaufleute wollen ihre vollen Lager nicht zu jedem Preise räumen und verkaufen lieber ihre Effekten. In einer Woche werden durchschnittlich für zwei Millionen Goldmark Wertgegenstände exportiert. Aus der Passivität der Handelsbilanz kommt die deutsche Wirtschaft nur heraus, wenn ihre Preise im richtigen Verhältnis zu den Auslandspreisen stehen. Die Goldnotenbank zeigt bereits ihre Wirkungen, die ausgegebenen Kredite übersteigen 3 Millionen Pfund, ein weiterer Betrag ist bewilligt und über noch weitere Beträge schweben Verhandlungen. Diese Goldnoten gehen in die Wirtschaft, erleichtern den Devisenausgleich und wirken preismäßigend. Auch private Kredite sind schon hier und da zu günstigen Sätzen zu haben, auch die befristeten die deutsche Wirtschaft und fördern die Kapitalbildung. Die Kreditrestriktion der Reichsbank muß teilhaftig werden, um so schnell wie möglich zu voller Teufelung zu kommen, damit zu billigeren deutschen Warenpreisen zu kommen, zu denen exportiert werden kann. Erst, wenn der Devisenmarkt wieder stabil ist, kann der Kredit etwas lockerer gelassen werden.

Günstigungsmöglichkeiten im deutsch-russischen Konflikt.

Berlin, 23. Mai. In den Berliner Regierungskreisen verlautet heute, daß hinsichtlich der Beilegung des Zwischenfalls in der russischen Handelsvertretung in Berlin gegenwärtig eine Wendung zum Besseren eintrete. Nachdem die deutsche Regierung der russischen Regierung mitgeteilt hat, daß sie in einzelnen Fällen das Vorgehen der Polizei gegen die russische Handelsvertretung nicht billigt und darüber ihr Bedauern ausdrückt, sind die russischen diplomatischen Stellen an das Berliner Außenministerium herangetreten, mit der Aufforderung, eine Klärung über die Exterritorialität der russischen Handelsdelegation herbeizuführen. In einem solchen Falle könne der Zwischenfall seine baldige Beilegung finden. — Aus London war gemeldet worden, daß der russische Botschafter in Berlin, Arakinski, der dritten Internationale ein Ultimatum gestellt habe, worin er mit dem Rücktritt droht, falls die dritte Internationale weiterhin Versuche unternimmt, durch ihre Mitglieder in den russischen Missionen im Ausland bolschewistische Propaganda treiben zu lassen. In der Berliner russischen Botschaft erklärt man, daß diese Werbung aus der Luft gegriffen sei. Man bestreitet jedoch, daß Herr Arakinski nachdrückliche Schritte unternommen habe, um von der dritten Internationale die Zusage zu erreichen, daß sie jede Tätigkeit innerhalb der russischen Auslandsvertretungen unterläßt.

Keine Auflösung des Braunschweigischen Landtages.

Braunschweig. Die Deutsche Volkspartei und die Rechte brachten in der gestrigen Landtagssitzung den Antrag ein, die Tagesordnung abzuheben und sofort den Antrag auf Auflösung des Braunschweigischen Landtages zu beraten, da die derzeitige Zusammensetzung des Landtages nicht mehr der Volkstimung entspreche. Der Antrag wurde mit 32 Stimmen der Sozialdemokraten und der Demokraten gegen die Stimmen der Rechtsparteien und der Kommunisten abgelehnt. Der frühere braunschweigische Ministerpräsident Dexter enthielt sich der Stimme und verließ den Saal. Nach Bekanntgabe der Ablehnung des Antrages wurde von einem Abgeordneten der Deutschen Volkspartei eine Erklärung verlesen, in der die Obstruktion der Rechten angekündigt wurde. Die Abgeordneten der Rechtsparteien verließen sodann den Saal.